

Regeln für
Leserbriefe

Leserbriefe enthalten eine persönliche Meinungs- äusserung oder zusätzliche Informationen zu einem Thema, das die Le- serschaft interessiert. Zu- schriften sind an die Re- daktion zu richten.

• Ein Leserbrief trägt im- mer die Unterschrift des Verfassers (Vorname, Na- me, Wohnort). Bei der Ein- sendung ist die vollständige Adresse mit Telefonnum- mer anzugeben. Anonyme Schreiben werden von der Redaktion nicht berück- sichtigt.

• Leserbriefe sollen sich möglichst auf ein The- ma beschränken und um- fangmässig 75 Druckzeilen (= 2100 Zeichen) nicht überschreiten.

• Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbrie- fe zu redigieren und zu kürzen.

• Leserbriefe sind keine offenen Briefe und rich- ten sich nicht an eine be- stimmte Person. Sie dürfen weder polemischen Inhalts sein, noch persönliche An- griffe enthalten.

• Leserbriefe sind in der Schriftsprache und in Pro- saform geschrieben.

• Der Inhalt eines Le- serbriefes muss sich nicht mit der Meinung der Re- daktion decken. Letztere trägt die rechtliche Verant- wortung für publizierte Le- serbriefe. Deshalb liegt der Entscheid über die Ver- öffentlichung einer Einsen- dung bei der Redaktions- leitung.

Adresse
Redaktion Freiburger Nach- richten, Stichwort «Leser- brief», Av. de Tivoli 3, 1700 Freiburg; oder redaktion@ wirfreiburg.ch

Spinneritis aus
der Beamtenstube
des Bundes

Leserbrief zum Artikel «Bun- desrat geht nach Recherche von CH Media über die Bü- cher» in den FN vom 17. De- zember 2025.

Heute hat fast jeder Sportverein Mühe, um die ganze Besetzung des Vereinsvorstands zu bestel- len. Nun verlangt ein alter Zopf der zurückgetretenen Bundesrätin Viola Amherd, dass die Dorf- vereine in den Vereinsstatuten eine Amtszeitbeschränkung so- wie eine Geschlechterquote ver- ankern müssen. Dies gilt für alle Vereine, welche Subventio- nen beziehen, beispielsweise J+S- Beiträge.

Man muss sich wirklich fra- gen,was diese Forderungen nüt- zen. Unnötig wird hier wieder ein Vereinsaufwand gefordert, wel- cher die Vereinsvorstände noch mehr belastet.

Peter Gauch, Schmitten

Dreister geht es nicht

Leserbrief zum Parkplatzre- gime in der Stadt und an der Universität Freiburg.

Samstag,13. Dezember: Ein sehr beschränktes Parkplatzangebot in der Stadt bringt mich ins Park- haus der Universität Miséricorde. Angeschrieben mit «Parking pu- blic». Schranke am Eingang ist abmontiert. Bezahlung mit «Par- kingpay» erfolgreich. Zone auf der Bezahl-App bestätigt.

Bei meiner Rückkehr sind zwei Ordnungshüter am Bus- sen verteilen: «Parkingpay» sei nicht gültig, da am Eingang des Parkhauses kein Kleber darauf hinweist. Weitere Begründung: Es sei ein Parking «privé» und es gelten andere Regeln als für öffentliche Parkplätze. An- geschrieben mit «public»? Nach Einspruch auf der Website der Ortpolizei bekomme ich eine Antwort mit der schriftlichen Be-

stätigung der oben genannten Aussagen, und es sei kein Kleber am Eingang, der eine bargeldlo- se Bezahlung erlauben könnte.

Man merke: Bei der Einfahrt ins Parkhaus unbedingt auf ei- nen 5 Zentimeter grossen, nicht vorhandenen Kleber achten, die Leuchttafel mit dem Hinweis «public» und ein bestätigtes «Parkingpay» ignorieren.

Da mich diese Sache über- fordert, habe ich diese Busse be- zahlt. Den zuständigen Gemein- derat wird es freuen.

Daniel Esseiva, Freiburg

Leserfoto



Sabine Bürgisser hat dieses Naturspektakel auf der Piste von Saanenmöser-Gstaad festgehalten.

Replik zu Aussagen
der Schulinspektorin

Leserbrief zum Artikel «Schul- inspektorin weist Kritik zurück» in den FN vom 19. Dezember 2025.

Es kann nicht sein, dass man für den aktuell desolaten Zustand der Schule Jaun von Behörden- seite die Verantwortung abschie- ben will. Uns Eltern wurde am 30. Juni 2025 durch den Amtsvorste- her, die Schulinspektorin und den Schuldirektoren versichert, dass für das Schuljahr 2025/2026 ei- ne gute Lösung vorliege und alle Stellen besetzt seien. Darauf ha- ben wir uns alle verlassen.

Eine Woche vor Schulbeginn leitete man ein Mobbingverfah- ren gegen eine Lehrperson ein und stellte diese frei. Damit ver- hinderte man die gute Lösung. Wer wurde in den Ferien ge- mobbt? Die Versprechungen vom Juni wurden gebrochen.

Dass es schweizweit zu we- nig Lehrpersonen hat, ist allen bekannt. Jetzt so zu tun, als wäre es nur in Jaun schwierig, welche zu finden, ist schlicht zynisch. Es gibt Lehrpersonen, die gerne in Jaun unterrichten würden.

Jaun zählte über Jahrzehn- te hinweg auf eine treue Leh- rerschaft. Langjährige Lehrper- sonen schätzten besonders die kleinen Klassen, die Möglichkeit zur individuellen Betreuung der Kinder und die familiäre Atmo- sphäre. Die beeindruckende Leis- tungsbereitschaft der Kinder, die echte Zusammenarbeit mit den Eltern und die gute Infrastruk- tur für zeitgemässen Unterricht wurden immer wieder wertge- schätzt. Dies lässt darauf vertrau- en, dass wir wieder engagierte und kompetente Lehrpersonen finden werden.

Pressefreiheit und
Pressevielfalt

Replik zum Leserbrief von Fla- vio Bortoluzzi vom 24. Dezem- ber 2025.

In der Woche vor Weihnachten hat sich ein prominenter Freibur- ger SVP-Politiker in einem Leser- brief darüber beschwert, dass die Freiburger Nachrichten unausge- wogen über das letzte Abstim- mungsergebnis berichtet hätten.

Ob die Berichterstattung aus- gewogen war oder nicht, darf jede und jeder selbst beurteilen. Was in dem Leserbrief sonst noch stand, sollte jedoch sämtliche demokrati- schen Alarmglocken läuten lassen. Der Leserbrief stellt infrage, ob diese Art der Unausgewogenheit mit öffentlichen Geldern gefördert werden müsse. Die Halbierungs- initiative lässt grüssen.

«Zweisprachig, pfui?»

Leserbrief zum Artikel «Wann ist eine Gemeinde zweispra- chig?» in den FN vom 27. De- zember 2025.

Liest man den Artikel über die Rückmeldungen auf die Ver- nehmlassung zum Sprachengesetz, erhält man den Eindruck, Zwei- sprachigkeit sei für viele Gruppie- rungen und Parteien ein Problem, und der Kanton wolle Gemein- den mit der Gesetzesvorlage zu et- was verknurren. Dabei spricht Arti- kel 8 in besagtem Gesetz den Ge- meinden das Recht zu – geknüpft an gewisse Bedingungen –, selbst zu entscheiden, ob sie sich als ein- oder zweisprachige Gemein- den definieren wollen.

Die Kompetenzen für diesen Entscheid werden somit auf die «unterste Staatsebene» gemäss Bundesverfassung Art. 50 dele- giert, und somit auf jene Ebe- ne, die am nächsten bei den Einwohnerinnen und Einwoh- nern ist: Die Ebene, die wohl am besten einschätzen kann, wie die

nungsbildung allein dem freien Markt überlassen? Wer einmal ei- nen Blick in die «privaten» Medi- en der Herren Blocher, Köppel und Somm geworfen hat, wird schnell feststellen, dass diese nicht ausge- wogener als die Freiburger Nach- richten sind.

Wenn Politiker oder Politi- kerinnen den Medien den Geld- hahn zudrehen wollen, nur weil deren Berichterstattung nicht ih- ren Ansprüchen entspricht, ist das eine Einnischung in die Presse- freiheit. Dieses Verhalten sehen wir derzeit auf der anderen Sei- te des grossen Teichs beim Herrn mit dem goldenen Haar. Und wir sind uns wohl alle einig, dass wir solche Verhältnisse in der Schweiz nicht wollen.

Roger Mauron, Düringen

Leserfoto



Hans Zürcher hat den Sonnenuntergang mit besonderen Lichteffekten im Galmwald bei Jeuss fotografiert.